Liebe Freunde,

gerade kommen wir aus Mainz, vom Rosenmontagszug, wo wir die Startnummer 37 hatten, recht kurz hinter dem Wagen des ev. Dekanats Mainz zum 500-jährige Reformationsjubiläum. Vor 500 Jahren hat sich Luther gegen die Fehlentwicklung in der Kirche, mit ihren negativen Auswirkungen in der Gesellschaft, gewendet. Heute müssen wir uns gegen die Zerstörung, unseres unmittelbaren Lebensraumes und darüber hinaus, wenden. In guter Tradition der Reformation.

Im Gegensatz zum letzten Jahr hatten wir Glück mit dem Wetter.

Am Freitag zur Fernsehsitzung hat der Vorsitzende im Komitee, auf den Fluglärm hingewiesen, als er den Wiesbadener Oberbürgermeister im Saal begrüßte. "Er könne ihn immer so schlecht verstehen – das liegt wohl am Fluglärm."

Ja, der Fluglärm hat Einzug in den Karneval in Mainz gezogen. Er betrifft viele Millionen Menschen im gesamten Rhein-Main-Gebiet, vom Spessart bis zum Binger Wald und von den Taunushöhen bis zum Odenwald. Als wir an der Tribüne am Theater vorbei kamen, hat mir unsere Ministerpräsidentin ein kleines Blumen-Sträußchen überreicht. Dieses Sträußchen hat sie nicht mir gewidmet, sondern uns allen, wie wir hier jeden Montag im Terminal demonstrieren. Die Politiker, die sich für unsere Sache einsetzen, brauchen den Druck und die Gewissheit, dass sie sich für die richtige Sache einsetzen. Wir leben in einer Demokratie, die langsamste Form aller denkbaren Regierungsformen, aber auch wohl die Sicherste. Wenn ich Diktator wäre, könnt Ihr gewiss sein, alle meine Probleme wären längst gelöst, aber wohl nur meine.

Schon in den Anhörungsterminen haben unsere Experten immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wachstumsprognosen völlig überzogen sind, sowohl in Bezug auf die Anzahl der Passagiere, die Anzahl der Arbeitsplätze und vor allem in Bezug auf die Anzahl der Flug-Bewegungen.

Genauso ist es gekommen, Roland Koch aber wollte sein Denkmal durchsetzen und hat es unter Vernachlässigung der Lebensinteressen der Bevölkerung durchgedrückt.

Im Rahmen seiner Abschiedsrede im Mainz hat er sich sogar dazu aufgeschwungen, für das Wachstum des Flughafens "Sonderopfer" von der Bevölkerung zu verlangen.

Viel früher soll er sogar gesagt haben, "dass er seine Bürger nicht zu fragen braucht, er wisse was sie benötigen." Eine verheerende Aussage, finde ich, die von einem **Diktator** stammen könne.

Aber anschließend wurde er ja Vorstandsvorsitzender bei Billfinger und Berger, der Firma, die den Auftrag hatte, die **Landebahn Nordwest** zu bauen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Da steht die Aufforderung von Petra Roth an die belastete Bevölkerung: "Sie können ja Ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen und wegzuziehen", auf derselben Ebene. Jetzt soll sie für den Bärendienst, den sie als Oberbürgermeisterin von Frankfurt ihrer Stadt erbracht hat, auch noch mit der Ehrenbürgerwürde belohnt werden. In was für einer Welt leben wir eigentlich?

Dr. Schulte hat inzwischen erkannt, dass das natürliche Wachstum für seine Landebahn nicht kommt und holt sich über Preisnachlässe Billigflieger an den Innenstadtflughafen. Preisnachlässe, die letztlich über Lohndumping und das Schaffen prekärer Arbeitsplätze finanziert werden.

Es ist eine Schande, dass in und für ein Unternehmen, welches überwiegend in der Hand der Landesregierung und der Stadt Frankfurt steht, Arbeitnehmer beschäftigt sind, die von dem Lohn nicht mal ihre Familien und sich selber angemessen unterhalten können. Sie müssen zusätzlich zu einem vollen Arbeitstag weitere Jobs annehmen oder ihr Einkommen durch Hartz IV aufstocken und zur "Tafel" gehen.

Diese Menschen finanzieren die Preise, mit denen die Billigfluggesellschaften an den Frankfurter Flughafen gelockt werden.

Ich erwarte von der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen, sowie den zuständigen Gewerkschaften, dass sie sich mit uns gegen dieses Geschäftsmodell zur Wehr setzen und jede angestellte oder im Auftrag arbeitende Person am Flughafen mindestens den Lohn bekommt, der notwendig ist, um das eigene und das Leben der Familie angemessen zu bestreiten.

Die Rabatte der Fraport, werden durch die ärmsten Menschen finanziert.

Ein Wachstum durch prekäre Arbeitsplätze ist nicht zu akzeptieren.